

KATJA BERNHARDT

Die Denkmalinventarisierung in Westpreußen und der Freien Stadt Danzig zwischen Wissenschaft und Politik

Der Beitrag setzt sich mit der Denkmalinventarisierung als einem spezifischen Teil der Wissenschaftsgeschichte auseinander und untersucht diesen für die ehemalige Provinz Westpreußen des preußischen Königreiches, die Freie Stadt Danzig und den Reichsgau Danzig-Westpreußen. Die Denkmalinventarisierung wird dabei als Schnittstelle verstanden, an der kunstgeschichtliche Paradigmen in denkmalpflegerische Praxis transformiert werden. Es wird angenommen, dass sich in der Untersuchung der Prämissen, der Strukturen und der Ergebnisse der Denkmalinventarisierung die jeweilige historische Bedingtheit wie auch politische Instrumentalisierung kunstgeschichtlicher Forschung und des damit verbundenen Denkmalverständnisses kenntlich machen lassen.

Die Studie stützt sich dabei auf die Beobachtung der Forschung, darnach für den Beginn des 19. Jahrhunderts von einer Konsolidierung eines neuen Verständnisses von Denkmal und Denkmalpflege gesprochen werden kann, im Zuge derer auch die Idee einer systematischen Denkmalerfassung in neuer Weise formuliert wurde. In Auswertung des dabei als grundlegend erachteten und 1815 vom Karl Friedrich Schinkel vorgelegten Memorandums, in dem dieser eine „Erhaltung aller Denkmäler und Alterthümer“ forderte, werden zunächst Kriterien bestimmt, die der anschließenden Analyse zu Grunde gelegt werden. Es ist dies erstens ein den zu inventarisierenden Objekten unterstellter Wert, der sich aus der Bedeutung ergibt, die den Objekten für die Veranschaulichung einer auf die Gemeinschaft bezogenen, übergeordneten Idee zugewiesen wird. Hierauf gründend wird die Inventarisierung zweitens - als Teil der Denkmalpflege - als ein über dem Einzelnen stehendes öffentliches Interesse der Gemeinschaft verstanden. Die damit betrauten Institutionen und Personen handeln somit im Dienst der und stellvertretend für die Gemeinschaft. Dabei geht die Inventarisierung drittens von einer konkreten oder aber potentiellen Bedrohung der als Denkmäler bestimmten Objekte aus. Schließlich folgt Schinkel in seinem Memorandum dem Glauben, dass von den Denkmälern eine auf die Gegenwart und die Zukunft gerichtete gestaltende Kraft ausgehe.

Der Untersuchung liegen somit folgende Fragen zu Grunde: Wie wandelte sich der den Objekten

unterstellte Wert in seinem Charakter und in seinem Bezug auf eine übergeordnete Idee? Welche Bedrohung für die als Denkmäler klassifizierten Objekte wurde dabei wahrgenommen? Welche Instanzen zeichneten für die Denkmalinventarisierung verantwortlich und welchem Selbstverständnis folgten die Akteure? Wie wurde die Inventarisierung methodisch und technisch bewältigt? In welcher Art und mit welchen Zielstellungen wurden die Inventarisierungsergebnisse schließlich für die Gemeinschaft bereitgestellt? Es wird dabei der These gefolgt, dass die Geschichte und der spezifische Denkmalbestand einer Region Anknüpfungspunkte für eine unter bestimmten historischen Bedingungen forcierte Wahrnehmung von regionaler Besonderheit bildeten, die Einfluss auf die Inventarisierung und deren Präsentation hatte.

Versteht man die Denkmalinventarisierung als ein in diesem Sinne dynamisches System, so erweist sich der hier zur Untersuchung stehende Gegenstand als besonders interessant. Dies betrifft sowohl die multiethnische, -nationale und -konfessionelle Verfassung des Untersuchungsgebietes, die eine mehrschichtige Folie für einen sich wandelnden Denkmalbegriff bot, wie auch den Umstand, dass das Gebiet in dem hier berücksichtigten Zeitraum eine dichte Folge gravierender historischer Einschnitte erlebte; sich also die Pflege der Denkmäler in einem mit politischen Spannungen aufgeladenen Umfeld positionieren musste.

Die Studie setzt mit den preußischen Dotationsgesetzen von 1875 ein, die den preußischen Provinzen einen größeren Umfang an Selbstverwaltung übertrugen, worin auch die Pflege des architektonischen und künstlerischen Erbes eingeschlossen war. Es wurde hiermit der administrative Rahmen für die in den folgenden Jahrzehnten umfassend und systematisch betriebene Inventarisierung der Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen geschaffen. Dieser staatlich-administrative Rahmen unterlagen im Ergebnis des Ersten Weltkrieges einer Neuordnung. Für die westlichen Kreise der ehemaligen Provinz Westpreußen, die in der Provinz Pommern bzw. der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen aufgingen, war die Inventarisierung zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen. Gleiches gilt für die Kreise, deren

Gebiete nach dem Ersten Weltkrieg der Republik Polen zugehörig waren. Inventare für die noch nicht bearbeitete Stadt und den Kreis Elbing, wie für die Stadt und das Schloss Marienburg, die sich nunmehr im Regierungsbezirk Westpreußen in der Provinz Ostpreußen befanden, wurden bis 1945 nicht vorgelegt. Die Darstellung konzentriert sich daher für den Zeitraum nach dem Ersten Weltkrieg auf die inventarisierten Unternehmungen in der neu begründeten Freien Stadt Danzig, die ab 1939 in die Aktivitäten im Reichsgau Danzig-Westpreußen übergangen. Berücksichtigt werden Inventarisierungen, die bis 1945 durchgeführt wurden. Eine zeitliche Aufweitung ergibt sich jedoch dadurch, dass die Ergebnisse der Inventarisierung der 1930er und 1940er Jahre erst nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD veröffentlicht wurden.

Für die Darstellung des Verfahrens der Inventarisierungen (Strukturen, Akteure, Finanzierung, Arbeitsweise) standen die veröffentlichten Berichte über die Inventarisierung sowie archivalische Quellen im Archiwum Państwowe w Gdańsku (Staatsarchiv Danzig), im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (Berlin), im Bundesarchiv (Berlin) sowie in der Dokumentensammlung des Herderinstituts (Marburg) zur Verfügung. Hierneben wurden die gedruckten Inventare einer Analyse unterzogen.

Die prägenden Personen für die Inventarisierung in der Provinz Westpreußen waren Johannes Heise und ihm folgend, Bernhard Schmid. Die Ergebnisse ihrer Inventarisierungsarbeit liegen als „Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen“ in vier bis 1919 publizierten und nach Regionen gegliederten Bänden (Pomerellen, Pomesanien, Kulmer Land, Kreis Marienburg) mit insgesamt 17 Heften vor.

In der Freien Stadt Danzig wurde die Verantwortlichkeit für die Denkmalpflege durch das 1923 verabschiedete Denkmalpflegegesetz geregelt. Es übertrug die Pflege der mobilen Denkmäler dem jeweiligen Leiter des Stadtmuseums und jene der immobilien Denkmäler dem jeweiligen Leiter des Hochbauamtes der Stadt. Zentrale Figuren waren hier Erich Volmar, vor allem aber Willy Drost der die Denkmalinventarisierung in den 1930er und 1940er Jahren leitete, die als Teil der im Dritten Reich in Angriff genommenen Neuinventarisierung auch in der Freien Stadt Danzig durchgeführt und zu einem großen Teil durch das Reich finanziert wurde. Als ein wichtiger Akteur trat in der Zeit der Freien Stadt Danzig die Architekturabteilung der Technischen Hochschule Danzig hinzu, die die Inventarreihe „Die Baudenkmäler der Freien Stadt Danzig“ initiierte und mit einem Inventar der Danziger Marienkirche hierin den ersten und

einigen Band herausgab. Die Ergebnisse der von Drost geleiteten Inventarisierung erschienen unter der Schirmherrschaft des Herder-Forschungsrates als Serie A „Die Kunstdenkmäler der Stadt Danzig“ in der Reihe „Bau- und Kunstdenkmäler des deutschen Ostens“ zwischen 1957-1972 in fünf Bänden.

Da die im Ergebnis der polnischen Denkmalinventarisierung vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs publizierten Inventare nicht das hier zur Untersuchung stehende Gebiet berührten, wurden alle für den Untersuchungszeitraum relevanten Inventarisierungskampagnen unter deutsch geprägter Staatlichkeit durchgeführt. So erweist sich im Ergebnis der Analyse stets die Vorstellung einer deutschen Nation als jener Rahmen, auf den hin der ideelle Wert der Denkmäler bestimmt wurde. Den zentralen historischen Bezugspunkt bildete dabei die Herrschaftszeit des Deutschen Ordens, womit sich die Region mit ihrem spezifischen Bestand an Denkmälern vorzüglich in den übergeordneten nationalen Diskurs integrieren ließ und zugleich eine Distanz zur Zeit der polnischen Herrschaft hergestellt werden konnte.

Während Heise in der Wertung dieser stets als konfliktreiche Polarität wahrgenommenen historischen Konstellation den zivilisatorischen Fortschritt, der durch den deutschen Orden erreicht worden sei, betonte, stilisierte sie Schmid unter dem Eindruck zunehmender nationalpolitischer Spannungen zu einem existenziellen Kampf zweier Kulturen. In der Auseinandersetzung um die nationale und staatliche Zugehörigkeit Danzigs nach dem Ersten Weltkrieg wurde die bei Schmid introvertierte Fokussierung auf den Heimatwert in eine selbstbewusste und offensiv absichtsvolle Betonung der Rolle der sogenannten Ostkolonisation des Mittelalters für das nationale deutsche Erbe umgewandelt.

Diese Aspekte bildeten den ideellen Rahmen, der zumeist in den Vorworten und den Einleitungen der Inventarbände gesetzt wurde. Die Bearbeitung der innerhalb dieses Rahmens als Denkmäler bestimmten Objekte erfolgte sodann zu allen hier besprochenen Zeiten auf einem ausgesprochen hohen fachlichen Niveau, welches unmittelbar die auf Reichsebene diskutierten Probleme der Denkmalinventarisierung reflektierte. Die teilweise forcierte Transformation neuer Methoden und Vorstellungen der Denkmalinventarisierung in die hiesige Inventarisierungsarbeit scheint dabei durch die spezifische politische Situation des Gebietes zusätzlich befördert worden zu sein. Auffällig hierbei ist, dass neben der Verpflichtung der Inventarisatoren durch den jeweiligen Staat bzw. dessen nachgeordnete Instanzen gerade in Zeiten der Krise, in denen das als national deklarierte Erbe als besonders bedroht wahrgenommen wurde bzw. es gänzlich der Obhut der Erben zu entgleiten

schien etwa in den Aktivitäten der Technischen Hochschule Danzig oder aber des Herderforschungsinstitutes eine erstaunliche Selbstverpflichtung der intellektuellen Eliten zur Sicherung dieses Erbes - und sei es nur in der Erinnerung - in Erscheinung trat. Da den Bau- und Kunstdenkmälern ein eigener und aussagekräftiger Zeugniswert zugeschrieben wurde, der politisch instrumentalisierbar zu sein schien, gelang es diesen Eliten, übergeordnete Instanzen, sei es zur Zeit der Freien Stadt Danzig im Deutschen Reich oder nach dem Krieg das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, für ihre Anliegen zu interessieren. Die Inventarisierung der Bau- und Kunstdenkmäler des hier untersuchten Gebietes und

deren Präsentation in den Inventarbänden erweist sich somit vor allem in Reaktion auf die Folgen der beiden Weltkriege als stark politisiert.

Indem in dem 1963 von Drost veröffentlichten Inventar der Kunstdenkmäler der Danziger Marienkirche die Kriegszerstörung, die Nachkriegsgeschichte der Marienkirche wie auch die seit 1945 erfolgte polnische Forschung berücksichtigt und von Marian Osiński dargestellt wurde, trat jedoch eine Veränderung dieser Prämissen ein, die als ein erster Schritt in der Umdeutung der Bau- und Kunstdenkmäler der hier untersuchten Region als gemeinsames, deutsch-polnisches Kulturerbe gewertet werden kann.

MAŁGORZATA OMILANOWSKA

The Defortification of Danzig seen in the context of transformations brought about in German cities during the 19th century

The process of defortifying European cities, and especially those lying within the territory of the German Second Reich, which are of greater interest when considering Danzig (since 1945 Gdańsk), was a complex development extending over a long period of time that involved varying dynamics. Initiated as early as in the 1600s and carried on continuously to the early-20th century, the dismantling of city walls and outer defences in German urban centres correlates with a series of issues ranging from the purely military and socio-judicial to those of an ideological and symbolic nature. The principal factor behind the process of dismantling and demolishing urban defence systems was a gradual conversion of cities from closed to open built-up areas; ultimately, the conversion from traditional to the modern town. Demolishing the defensive walls signified the surrendering of anciently perceived notions of protection and safety as well as control, equally of a financial character, both of its own citizenry and of visitors. While depriving the city of a tangible symbol of its power and autonomy, removal of its system of defences opened up new possibilities for spatial growth, being linked to the question of redefining urban society and the city in itself, both internally as well as in the external context of state power and politics.

A beginning to the defortifying of German cities may be found in the destruction of defensive walls in

cities on the Rhine during the Devastation of the Palatinate by Louis XIV's invading forces, the continuation of which is to be seen in processes based in large part on the adopting of French political as well as ideological models, gradually enriched thereafter by ideas related to the Enlightenment.

An especially intensive period of defortification was that between the French Revolution and final defeat of Napoleon Bonaparte, during which hundreds upon hundreds of towns and cities lost their walls. In the years immediately following the Congress of Vienna, around 60% of towns and cities in German territories previously encircled by defensive walls had lost them. The final stage in this process lasted into the 1860s, by which time practically all cities of importance no longer assigned a defensive function in the state system of fortifications had been deprived of their defensive walls. In the case of Danzig, however, in continuing to serve a strategic purpose, it remained one of the city-fortresses of Prussia and the Second Reich until after 1872.

Limitations on Danzig's spatial growth within its system of Gothic and early-modern-era fortifications became noticeable during the 1860s when dynamic development got under way in earnest, leading to the initiatives taken by its new *Oberbürgermeister*, Leopold von Winter. The first attempt to attain

permission from Berlin to purchase the defences from military authorities was made in 1865, but neither this nor a series of similar attempts proved successful. It was not until in 1888, and thus after the so-called *Brisanzkrise*, that the decision was finally taken by the head of armed services to have the early-modern fortifications of Danzig demilitarised. Oncoming planning for the areas occupied by the fortifications was agreed upon in connection with the new main railway line's course and siting of a new station. The first, largely impractical proposition for developing the vacant areas was presented in 1891 by Heinrich Rehberg in the „*Deutsche Bauzeitung*”. The municipal plans of 1892 prepared by the municipal architect, Julian Albert Gottlieb Licht, and surveyor, Maximilian Block, were subjected to harsh criticism by both the Danzig Gartenbau Verein, which published its own plan, and the famous Cologne architect, Josef Stübben, especially invited as consultant. On Stübben's suggestion, Licht and Block came up with a new version for the ex-military zone encircling the city which was confirmed on 23rd December, 1892 by the municipal commission especially inaugurated to assess their conceptions. The plan put into effect was genuinely metropolitan in the way it envisioned the laying out of extensive parkland, a new railway station and wide, circumscribing avenue, or *Ring*.

The whole set of agreements concerning the city's defortification was confirmed on 9th July, 1895, although a section had already been levelled to make way for the new main railway station whose connection and platforms were already completed by 1896, while the actual station building, designed by Alexander Rüdell was opened to the public in October 1900.

While the fortification's removal provided Danzig with new possibilities for spatial development, these were to be no more than partially made use of. The problem of transit movement through the city in a North-South direction had been solved, along with rail travel and providing of a passenger train service. Vacant space had been assured for the construction of such important public buildings as an archives, new libraries, a high school, headquarters for the police and armed forces, as well as banks and insurance companies, while hotels and department stores went up in the Main Station's immediate neighbourhood. In comparison with other, more populous and important cities within the Second Reich, however, the range of urban planning and architectural works achieved at Danzig was not especially imposing. While the area of new space for building acquired was not all that great to begin with, as previously stated, not even this was fully made use of.

The urban layout of boulevards parallel to the new railway line belongs to the urban-planning tradition represented by Haussmann's Paris and the Viennese Ring, albeit on an altogether smaller scale. The Danzig “Ring” was a miniscule development of several not extensive roads and squares, conceived nevertheless at each footstep with the same way of thinking about the city. The wide avenues with promenades down their central reservations, affording visual axes that opened onto the city's most important edifices comprised a typical part of Stübben's repertoire in the by then traditional large-scale urban planning shaped by Haussmann, the planners of Vienna and Hobrecht, to be subjected to criticism by Camillo Sitte that was subsequently taken up by supporters that included Stübben's own colleague, Karl Henrici.

Danzig's development at the turn of the 20th century could hardly be compared with the scale and rapidity of numerous other cities in the Reich that had been bigger from the start or already long exceeded its size. Even while a modern market hall, municipal slaughterhouse complex and enormous new municipal hospital were built, there still lacked the kind of investment initially provided by a wealthy urban middle class, as clearly reflected in the fact Danzig never received a new philharmonic hall, opera house or new museum. Nor did a municipal hall (i.e. *Stadthalle*) ever materialise. In spite of the endeavours undertaken by the Danzig Swimming Association, with the largest membership among such organisations in the entire Reich, the covered swimming baths, for which designs had already been made, never saw the light of day. Particularly surprising is the failure to construct a new city hall, while a commercial and business centre, so typical of large cities at the beginning of the century, never took shape at Danzig.

The city's financial life, seriously weakened by the shifting of large-scale maritime trade to Hamburg, provides no more than a partial explanation for the city's unimpressive shape down to 1914. Thanks to decisions taken in Berlin concerning the Reich's increased militarisation, Danzig became one of its key ship-building centres. The long-sighted policy-making of the *Oberpräsident* for the West Prussian Regency from 1891 to 1902, Gustav von Gossler, aimed at improving Danzig's economic and political position did produce some effective results.

It appears that the causes behind Danzig's insufficiently dynamic urban-architectural development ought also to be sought in the lack of effective municipal leadership and its inferior status to West Prussia's *Oberpräsidenten*. None of the *Oberbürgermeistern* succeeding Leopold von Winter proved capable of ensuring the drawing up of a long-

term policy of urban development for the city, much as none of them demonstrated the kind of imagination of their noted predecessor. Not one of them showed the strong will required to counteract the limitations imposed by the state-imperial ministers who forced through solutions that, while favourable to the army and state railways, were not necessarily fortunate for the city itself. The urban plan for Danzig's spatial expansion on the site of its outdated fortifications was compromised above all else by the pragmatism of economics. The final shape that the city's new western side took was decided above all else by the investors, rather than

the municipal authorities able to exercise no more than a secondary influence.

The delay in Danzig's defortification did not issue from the municipal authorities' sluggishness, or the city's lack of developmental potential, but from the state's overriding politics and strategic needs. It was the military significance of Danzig arising from its geographical location within the Second Reich, rather than the importance of its military defences (by the mid-19th century all but worthless) that was decisive in shaping its spatial development down to the outbreak of World War One.

Translated by Peter Martyn

PETRO RYCHKOV

The Palace and Garden Complex of the Lubomirskis at Rivne (Równe) in the light of a map by Jean-Jacob Bourignon from 1797

In the architectural history of Rivne (Pol.: Równe), a Volhynian city and current administrative seat to the West Ukrainian province bearing its name, an important place was occupied by the palace and gardens created in the second half of the 18th century under the auspices of one of the most wealthy magnate families of pre-partition Poland: the Lubomirskis.

The prince's residence was situated in the middle of an island in the River Ustia (Uście to the Poles). This site had been occupied earlier by a late-15th-century wooden castle belonging to the Nieświckis. A stone bridge from the south side linked the palace to extensive, well laid-out and cared-for gardens that were adorned with numerous architectural features. A second bridge on the northern side led to a street leading to the market square in the city centre.

Abandoned by its owners in 1817, both the palace and its gardens were left to their fate. Under Soviet rule, the by then ruined palace was demolished, after 1950, while the site of the gardens was gradually built over by houses and other forms of construction. As early as in 1839, the river embankment facing the former palace in the northern part of the gardens had been built over by a two-storey secondary school in the neo-Classical style (currently, the Rivne Country Sightseeing Museum), while the western side came to occupy a Soviet-era sports stadium.

Previously, information of the Rivne palace and garden complex was limited to a number of maps of the city from the end of 18th century commissioned

by the Tsarist authorities on incorporating Rivne with the third and final partition of Poland. Although these underlined the palace's importance within the city's overall urban layout, they were not sufficiently detailed. During the 19th century, the gradually decaying palace was drawn by Antoni Lange and Napoleon Orda, as well as subsequently being recorded in numerous photographs. This more or less well-known iconographic documentation still failed to permit a full reestablishment of this important complex's shape and appearance, under the influence it exerted on the city's spatial development.

Knowledge on the Lubomirski residence at Rivne is significantly increased by a map from 1797 bearing the title: *Plan du Chateau, Jardins, Parc & d'une partie de la Ville de Rowno*, which was carried out by the architect employed by the Lubomirskis, Jean Jacob Bourignon and ended up in the St. Petersburg Russian State Historic Archives. This presents a detailed map of the city's eastern half. The author's main interest was to record in detail the palace and layout of constructions belonging to the gardens. The map's key records 53 architectural monuments, of which the greater number refer to those belonging to the Lubomirski residence and gardens, while less than a dozen relate to the city specifically. The overall layout strongly indicates that inspiration was drawn from English patterns.

The map was adorned with 19 watercolour miniature paintings occupying the right and upper edges, through which the author sought to record for

posterity the palace's appearance along with characteristic views of the gardens' layout.

The information contained in J.J. Bourgignon's map enables a fuller evaluation of the Rivne residence's artistic qualities, placing it on a par with the most

famous palace and park complexes in Polish art of the second half of the 18th century. This unique piece of cartography simultaneously complements the known work of architect and artist, Jean Jacob Bourgignon, who deserves more attention from art historians.

Translated by Peter Martyn